

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/67

Bonn, den 7. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Das Trauma der SED

69

"Westdeutsche Vornherrschaft über Europa" ?

Von Günter Markscheffel

2

Bewahrte Einheit

25

Spandau und Fürstenwalde

3

"Jugend - Demokratie - Nation"

27

Zum Kongreß der Jungsozialisten in Braunschweig

Von Peter Corterier,

stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

4 - 5

In Griechenland kein Ausweg ohne Wahlen

89

Noch ein Glied in der Kette der Provisorien

Von Dr. Basil Mathiopoulos, Athen

6

Spanisch-deutscher Jugendaustausch

41

Licht- und Schattenseiten

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8686 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Das Trauma der SED

"Westdeutsche Vorherrschaft über Europa" ?

Von Günter Markscheffel

Das SED-Blatt NEUES DEUTSCHLAND verrät mit jeder Zeile, wie groß die Furcht der Machthaber im anderen Teil Deutschlands vor einer Entwicklung ist, die zu einer Entspannung in Europa führen könnte. In einem Artikel zu den bevorstehenden Mai-Kundgebungen in Berlin wird behauptet, Bundeskanzler K i e s i n g e r komme in die alte deutsche Hauptstadt, um hier das "Strauß-Konzept der westdeutschen Vorherrschaft über Europa" zu verkünden.

Nun weiß man in Ostberlin sehr wohl, daß ein solches "Konzept" überhaupt nicht existiert. Trotzdem will man aber jeden Ansatz zu einer Entspannungspolitik in Europa und jeden Versuch, zu einem geregelten Nebeneinander und Miteinander der beiden Teile Deutschlands zu gelangen, mit Hilfe von Scheinargumenten zurückweisen. Die Bürger im anderen Teil Deutschlands sollen nicht nur glauben, die Bundesrepublik wolle sie morgen überfallen, sie sollen auch in Furcht vor der Möglichkeit versetzt werden, die Bundesrepublik wolle oder könne Europa "beherrschen".

Das eine wie das andere ist falsch. Schon vor Jahren hat der Jesuitenpater von W e i l - B r e u n i n g in einer beachtlichen Denkschrift dargestellt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands niemals eine Art Anschluß des einen oder anderen Teiles Deutschlands sein könne. Seither gilt dieser Grundsatz in der Bundesrepublik als unumstritten. Weder politisch, noch ökonomisch und auch nicht gesellschaftlich soll sich nach dem Willen der Deutschen in der Bundesrepublik eine angemessene Vorherrschaft des einen Systems über das andere entwickeln dürfen. Im Gegenteil: Das Zusammenführen der beiden Teile Deutschlands kann sich nach Auffassung jedes ernstzunehmenden Politikers in der Bundesrepublik und auch sicher nach Meinung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung nur auf der Grundlage der gegenseitigen Respektierung des Erreichten in einer freien Willensentscheidung des ganzen Volkes vollziehen.

Wer etwa andere Vorstellungen haben sollte, wird nicht in der Lage sein, sie zu verwirklichen. Einfach deswegen nicht, weil jeder Versuch, Deutsche über Deutsche herrschen zu lassen, schon aus Gründen der internationalen Verflechtung des Deutschlandproblems mit den Problemen des ökonomischen Zusammenwachsens und der militärischen Sicherheit in Europa in Widerspruch geraten würde.

Deshalb ist auch die Behauptung, Westdeutschland wolle eine Vorherrschaft über Europa errichten, unsinnig und irreal. Die Sicherheit in Europa ist in den vergangenen Jahren zwar schlecht als recht dadurch aufrechterhalten worden, daß zwei große Verteidigungsbündnisse einander gegenüberstanden und eines dem anderen allein durch seine Existenz jede Möglichkeit, diesen Zustand gewaltsam verändern zu wollen, nahmen.

Wer unterstellen will, die Bundesrepublik strebe eine "Westdeutsche Vorherrschaft über Europa" an, der muß doch auch unterstellen, sie wolle sich nicht nur in eine offene Konfliktsituation militärischer Art gegenüber dem Osten - einschließlich der DDR - hineinmanövrieren, sondern auch gegenüber dem Westen. Wahrscheinlich würde es keine 48

Stunden dauern, bis die Bundesrepublik aufgehört hätte, zu existieren. Daß aber irgend jemand in der Bundesrepublik derartig selbstmörderische Absichten hätte, glaubt man wohl nicht einmal in Ostberlin.

Was soll also die dem Bundeskanzler unterstellte Absicht, er wolle am 1. Mai in Berlin ein "Konzept der westdeutschen Vorherrschaft über Europa" verkünden? - Es gibt nur eine Erklärung dafür: Ulbricht und seine Freunde im Zentralkomitee der SED stemmen sich mit Händen und Füßen gegen die erklärte Absicht der neuen Bundesregierung, das Verhältnis der Bundesrepublik auch zu ihren östlichen Nachbarn freundschaftlich zu gestalten. Daß dies nicht ohne ein geregeltes Nebeneinander und Miteinander zwischen der Bundesrepublik und dem anderen Teil Deutschlands möglich ist, dürfte logisch sein. Darüber hinaus aber ist es ebenfalls die erklärte Absicht der neuen Bundesregierung, eigene Beiträge zur militärischen Entspannung in Europa und damit zur Sicherung des Friedens leisten.

Nur wer ein Interesse daran hat, die Erreichung solcher Ziele zu verhindern, kann behaupten, die Bundesrepublik wolle die "Vorherrschaft über Europa". - Es ist nicht unsere Aufgabe, die Motive eines solchen Verhaltens aufzuspüren. Das müssen jene tun, die täglich mit Behauptungen über die Politik der neuen Bundesregierung aufgescheucht werden, deren Wahrheitsgehalt mehr als brüchig ist.

+ + +
Bewahrte Einheit

Spandau und Fürstenwalde

sp - Zum zweitenmal mußten Synodalen der Evangelischen Kirche in Deutschland getrennt tagen, in Berlin-Spandau und in Fürstenwalde. Die Kommunikation zwischen beiden Tagungen unterlag kleinlichen, vom SED-Regime verhängten Schikanen. Nichts hat jedoch vermocht, die innere Einheit der Evangelischen Kirche zu zerbrechen. Die Wahl des bayerischen Landesbischofs Dietzfelbinger zum Ratsvorsitzenden der EKD ist der äußere Ausdruck eines Zusammengehörigkeitsgefühls, das durch erlebtes Leid, Geschichte und Tradition seine Prägung erhält.

Der neue Ratsvorsitzende, dem die guten Wünsche unseres ganzen Volkes gewiß sind, hat einen schweren Weg vor sich. Es gelang zwar, die innere Einheit der EKD zu bewahren, doch auch in Zukunft wird es an Druck von außen nicht fehlen, die organisatorische Einheit zu zerbrechen. Das SED-Regime erstrebt die Bildung einer separaten und autonomen Kirche an, es will seine These von den zwei deutschen Staaten und Völkern auch mit einer Spaltung der EKD untermauern. Die Synodalen von Mitteldeutschland haben mit Würde und einem Mut, der Bewunderung abverlangt, diese Forderung zurückgewiesen. Über Mauer und Stacheldraht hinweg begreift sich die EKD als Einheit. Staatliche Gewalt kann ihr zwar Zwang antun, aber sie nicht der Verpflichtung entbinden, als e i n e Kirche in e i n e m Volk zu wirken. Darin liegt die Bedeutung von Spandau und Fürstenwalde, Orte zweier Tagungen, die gewiß in die Geschichte des deutschen Protestantismus eingehen werden.

"Jugend - Demokratie - Nation"

Zum Kongreß der Jungsozialisten in Braunschweig

Von Peter Corterier,
stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Unsere Demokratie und mir ihr die aktiven Demokraten stehen mitten in einer Bewährungsprobe. Durch den Radikalismus herausgefordert, müssen wir jetzt die Funktionsfähigkeit, das Durchsetzungsvermögen und die Überzeugungskraft der demokratischen Ordnung beweisen. Und es gilt zu zeigen, daß der in der Vergangenheit so oft behauptete und auch heute wieder beschworene Gegensatz von Demokratie und deutschem Nationalgefühl falsch ist, daß nur in der Demokratie die nationalen Interessen verwirklicht werden können.

Daher haben die deutschen Jungsozialisten zu einem an diesem Wochenende in Braunschweig stattfindenden Kongreß aufgerufen, an dem neben 200 Jungsozialisten zahlreiche Vertreter der verschiedensten deutschen Jugendverbände teilnehmen werden. Hier geht es nicht nur um eine vordergründige Auseinandersetzung mit der zeitbedingten Propaganda einer rechteradikalen Partei; dieser Kongreß soll keine "Gegenkundgebung" werden. Seine Stoßrichtung zielt tiefer: auf die Erkenntnis des Wesens und der Voraussetzungen der Politik, auf die so oft enttäuschten idealistischen Erwartungen der Jugend an die Politik, auf Wert und Funktion der Nationalidee in der heutigen Situation.

Pathetische Deklamationen, plakative Selbstdarstellungen und aktuelle Rechtfertigungen hat es genug gegeben. Diesmal wollen wir über einen realistischen Begriff von Demokratie diskutieren. Wir wollen als erste politische Jugendorganisation der deutschen Jugend zeigen, daß allein die Demokratie sittlich fundiert ist. Und wir wollen die Jugend dazu aufrufen, durch ihren aktiven Beitrag zur dynamischen Entwicklung der Demokratie zugleich die Offensive gegenüber den Radikalen jeder Art zu ergreifen.

In Griechenland kein Ausweg ohne Wahlen

Noch ein Glied in der Kette der Provisorien

Von Dr. Basil Mathiopoulos, Athen

Eine Minderheitsregierung hat provisorisch die Regierungskrise in Griechenland gelöst; dennoch bleibt die tiefere Krise des Landes weiterhin akut. Das griechische Volk hatte bei den letzten Wahlen im Februar 1964 der rechtskonservativen ERE-Partei nur ein Drittel aller Stimmen gegeben, womit dieser die Rolle der Opposition zukam. Nach allerlei sonderbaren Ereignissen, die sich in Griechenland seit dem Sommer 1965, als der legale Ministerpräsident Georg Papandreu gestürzt wurde, abgespielt haben, erscheint nunmehr die Bildung der Regierung Kanellopoulos als letztes Glied in dieser Kette. Schon jetzt haben alle Parteien des Parlaments erklärt, daß sie der neuen Regierung keine Unterstützung gewähren werden, womit diese zum Scheitern verurteilt ist. Trotzdem erklärte Kanellopoulos, daß er am kommenden Mittwoch vor dem Athener Parlament eine Regierungserklärung abgeben wolle; er sei, so sagte er, mit der Vollmacht ausgestattet, das Parlament bis zu den Neuwahlen Ende Mai aufzulösen; sofern es ihn nicht als Ministerpräsidenten bestätige.

Bei allem bleibt jedoch die Kardinalfrage, ob überhaupt - und wenn, unter welchen Vorzeichen - die Wahlen stattfinden werden. Schon vor Bildung der neuen Regierung wiesen bedeutende Zeitungen daraufhin, daß mit einer möglichen ERE-Regierung auch die Gefahr der versuchten Wiederholung der berühmten "Perikles-Affäre" verbunden werden, nämlich des strategischen Planes, nach dem zu Karamanlis' Zeiten systematisch die Wahlergebnisse im Jahre 1961 gefälscht wurden. Papandreu erinnerte nach der jetzigen Regierungsbildung den König daran, daß er mit der Beauftragung einer Minderheitspartei Gefahr laufe, den Boden der Neutralität zu verlassen mit der unausbleiblichen Konsequenz, daß er selbst zum Parteiführer werde. Sodann forderte er Kanellopoulos auf, zurückzutreten, um dem König eine Übergangsregierung zu ermöglichen, die die Garantie für die Durchführung freier Wahlen bietet.

Kernpunkt der Spannungen bleibt weiterhin also die Ungewisheit, ob das griechische Volk überhaupt zur Wahlurne schreiten darf, eine Folge der großen Unruhe innerhalb der rechtsradikalen Kreise, die einst Papandreu stürzten und nunmehr überzeugt sind, daß eine überwiegende Mehrheit des Volkes bei den Wahlen nur für die demokratischen Kräfte stimmen wird. Papandreu symbolisiert den Wunsch der heutigen Generation in Griechenland, die ihr Land zu einem modernen und sozialen Rechtsstaat westeuropäischer Prägung entwickeln möchte. Darüber hinaus verkörpert er die Persönlichkeit, die bereits tatkräftig an die Verwirklichung eines solchen Programms geschritten ist. Weder Gewaltmaßnahmen noch unzeitgemäße Intrigen können daher die überwiegende Mehrheit der griechischen Nation, die bereits den Weg zum Fortschritt, zur politischen und

sozialen Demokratie eingeschlagen hat, dazu veranlassen, ihr großes Ziel aufzugeben. Daher erscheint die oberflächliche Auffassung der rechtsradikalen Presse kurzfristig und ohne historische Grundlage, wenn sie sich in der Hoffnung auf die Rettung der Monopole einer dünnen Schicht, die schließlich heute noch das unzeitgemäße Bild Griechenlands prägt, an das fortgeschrittene Alter des Führers der Zentrumsunion Georg Papandreu klammern.

Die demokratische Presse Griechenlands betont dieser Tage, daß trotz der schweren Erbschaft einer dreißigjährigen reaktionären Regierungszeit das Volk den Sieg in der Entwicklung davontragen wird - gemäß seiner jahrhundertealten demokratischen Tradition; der Wille des Volkes, das Land nach westeuropäischem Muster zu gestalten, wird schließlich der stärkere sein.

Wie aber, wenn dem Land eine Diktatur droht? Auf diese Gefahr wurde in der letzten Zeit wiederholt durch Gerüchte hingewiesen, die in Griechenland eine Atmosphäre der Angst erzeugten. Es mag dies als ein charakteristisches Zeichen von Regimen gelten, die sich selbst nicht mehr sicher fühlen. In einer dramatischen Rede vor der Fraktion der Zentrumsunion - die abschließend gemeinsam die griechische Nationalhymne sang, - erklärte Georg Papandreu: "Wir haben alle möglichen Konzessionen gemacht, wir sind sogar so weit gegangen, daß an unserer Gültigkeit sogar von Seiten der demokratischen Kreise Kritik geübt wurde. Doch steht und stand immer im Vordergrund unserer demokratischen Überzeugung die Besorgnis um den inneren und äußeren Frieden des Landes. Wir wiederholen, daß eine Änderung der derzeitigen Staatsform **n i c h t** unser Begehren ist und wir werden auch niemals eine 'Volksfront' bilden. Wenn aber der rechtmäßige demokratische Weg **n i c h t** eingehalten wird und eine Entscheidung für die Zukunft durch Neuwahlen außerhalb parlamentarischen Wege droht, sind die politischen Mittel erschöpft. Auf eine Diktatur wird das griechische Volk mit einer Revolution antworten, und an der Spitze dieser Revolution werden wir als die vom Volke gewählten Vertreter mit mir als erstem schreiten. Es hat keiner das Recht, Tyrann zu werden".

Bemerkenswert ist, daß diese Rede Papandreous sowohl in der Rechtspresse Griechenlands als auch im Ausland starke Beachtung erfuhr, und es fehlten diesmal die Kommentare über eine angeblich "prokommunistische Gesinnung" des Staatsmannes.

Es ist überhaupt festzustellen, daß in den letzten Tagen das früher häufig gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Papandreu vorgebrachte "Argument", er leiste den Kommunisten Vorschub, fast völlig verschwunden ist. Sogar in der Umgebung des Königshauses scheint man, zwar widerwillig, einzugestehen, daß es ein Fehler war, Papandreu seinerzeit zum Rückzug zu zwingen. In der Zwischenzeit ist Griechenland nicht zur Ruhe gekommen, und das Land wird erst dann wieder stabile Verhältnisse kennenlernen, wenn die legale demokratische Ordnung wiederhergestellt ist.

Spanisch-deutscher Jugendaustausch

Licht- und Schattenseiten

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Im März weilte zehn Tage lang eine vierköpfige deutsche Pfadfinder-Delegation in Spanien - an der Spitze Bundesführer Hermann von Schrödel-Siemau -, die auf Einladung der einzig legalen Falange-Jugendorganisation OJE Jugendlager besichtigte und vereinbarte, den 1966 begonnenen Austausch von Jugendlichen beider Organisationen auszubauen. Hätte nicht im vergangenen Sommer ein deutscher Pfadfinder im Greus-Gebirge unweit von Madrid durch einen tragischen Absturz den Tod gefunden, niemand hätte erfahren, daß ein solcher Jugendaustausch bereits im Gange ist. Viel zu wenig wird dieses gegenseitige Kennenlernen der Jugend beider Länder mit all ihren Licht- und auch Schattenseiten beobachtet, obwohl damit gerechnet werden muß, daß es im Dasein der deutschen Jugendorganisationen eine immer beachtlichere Rolle spielt.

Von spanischer Seite wird nicht etwa beabsichtigt, die jungen Deutschen für eine totalitäre Ideologie zu gewinnen (wenn dies vielleicht auch hier und da nicht ganz zu vermeiden sein dürfte) - die jugendlichen Deutschen sind nämlich in spanischen Augen "die Touristen von morgen", die in späteren Jahren mit Frau und Kind im eigenen Wagen die Stätten seliger Erinnerung wieder besuchen. Denn Spaniens Fremdenverkehrsplaner sind ehrgeizig: Kamen bis Ende 1966 in einem Jahr insgesamt 17 Millionen Touristen nach Spanien, so rechnet der zuständige Fachminister für 1971 mit 25 Millionen. Der Jugendaustausch ist Teil dieses Kalküls - aus Erfahrung weiß man, daß sich eine solche Investition wohl lohnt.

Wie sehr auch in der Bundesrepublik befürchtet werden könnte, die jungen Deutschen würden in Spanien einer "ideologischen Gehirnwäsche" unterzogen, so wenig weiß man, daß die Jugendlichen aus Deutschland eine keineswegs zu unterschätzende Menge und Qualität an demokratischem Gedankengut nach Spanien tragen. Fachleute wissen es immer besser und erklären, aus den deutschen Teilnehmern am Jugendaustausch mit Spanien seien keine NPD-Anhänger hervorgegangen, sondern ganz im Gegenteil. Was andererseits von spanischen Jugendlichen als Mangel empfunden wird: es sind nur Pfadfinder, die bisher nach Spanien kommen - obwohl Spaniens Jugend im Bestreben, sich enger an Europa anzulehnen, auch Vertreter anderer geistiger Strömungen in der europäischen Jugendbewegung kennenlernen möchte. Eine nähere Bekanntschaft mit katholischen, sozialdemokratischen und liberalen Jugendlichen würde den jungen Spaniern gewiß manchen Stoff zum Nachdenken geben, vor allem darüber, wie die gemeinsame europäische Zukunft politisch, wirtschaftlich und kulturell aussehen soll.

+ + +